

Junge Grüne verkennen die wahren Ursachen der Mietzinserhöhungen

Ende Juni 2024 reichten ein Landrat und eine Landrätin der Grünen Partei des Kantons Glarus beim Regierungsrat eine Motion ein, welche den steigenden Mieten Einhalt gebieten will.

Hehres Ziel – falsche Mittel:

Der Regierungsrat würde bei einer Überweisung der Motion beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für die Einführung eines Meldeformulars bei Mietzinserhöhungen und einseitigen Vertragsänderungen auszuarbeiten. Zweitens soll die Grundlage für ein Monitoring der Leerwohnungsbestände im Kanton Glarus geschaffen werden.

Manch einer denkt sich da wohl: «Nein, bitte nicht schon wieder ein Formular mehr!» Und dieser Gedankengang ist völlig richtig. Das eingangs erwähnte A4-Formular wäre ein reiner Papiertiger und bringt rein gar nichts ausser Kosten, Ärgernis und mehr Bürokratie. Fazit: Wollen und brauchen wir nicht.

Das Anliegen für die Erschaffung einer gesetzlichen Grundlage für ein Monitoring der Leerwohnungsbestände ist ebenso unnötig. Wenn die beiden Grünen das Thema gegoogelt hätten, hätten sie bemerkt, dass unser Bundesamt für Statistik diese Daten bereits für jede Gemeinde bereits erhebt. Fazit: Wollen und brauchen wir auch nicht.

Was jedoch an der Motion richtig ist, ist das Thema, welches sie aufgreift: Die steigenden Mieten. Auch wenn wir im Kanton Glarus im schweizweiten Vergleich immer noch günstig wohnen, steigt auch bei uns der Druck. Wer selbst eine Wohnung in Glarus oder Glarus Nord sucht, merkt dies sofort: Da bewerben sich für eine preiswerte Wohnung schnell einmal 15 Personen in einer Woche. Dieses Gefühl bestätigt auch die Statistik: Der Leerwohnungsbestand lag bspw. in Glarus Nord Ende 2023 unter 1.5%. Das Problem mit den steigenden Mieten lässt sich jedoch nicht mit einem zusätzlichen Formular lösen. Wie bei allen wirtschaftlichen Gütern entsteht der Preis zwischen Angebot und Nachfrage. Jetzt gibt es zwei Lösungen: Noch mehr zubauen, sodass auch die letzten Grünflächen zwischen unseren malerischen Dörfern verschwinden. Oder die Zuwanderung endlich eingrenzen! Letztes Jahr wanderten rund 180'000 Personen in die Schweiz ein. Dies bedeutet mehr als das Vierfache der Glarner Wohnbevölkerung, zusätzlich 9'700 Fahrzeuge oder eben zusätzlich 81'000.- Wohnungen. Die Schweizer Bevölkerung kann sich voraussichtlich nächstes Jahr mit der Initiative «Nein zur 10-Millionen-Schweiz» für tiefere Mieten einsetzen. Dies ist wahrlich effizienter als ineffiziente Meldeformulare.